

## KOMMENTARE



## Neues Glück

Peter Reinhardt sieht bei den Zockerspielen im Internet noch erheblichen Klärungsbedarf bei vielen Einzelfragen

Am Ende wurde der politische Druck auf die Bundesländer wohl doch zu groß. So einigten sich die 16 Staatskanzleien für Außenstehende etwas überraschend auf neue Regeln für das Online-Glücksspiel. Das ist zu begrüßen, weil das die Zeit für die Vorbereitung schafft. Denn die 15 Monate für den Aufbau einer völlig neuen länderübergreifenden Kontrollbehörde sind noch immer ein enges Zeitkorsett.

Es sah lange Zeit so aus, als würden die Länder keine gemeinsame Linie für Online-Poker und Internet-Casinos finden. Gleichzeitig wuchs der Schwarzmarkt von Jahr zu Jahr, ohne dass die personell fast überall unterbesetzte Aufsicht wirksame Maßnahmen ergriffen hat. Eher fügte man sich in das Schicksal, dass die illegalen Anbieter in ihrer Zentrale auf Malta oder in Gibraltar eh nicht belangt werden könnten. Dafür ließ sich der Staat sogar Steuern entgehen.

Eine realistische Alternative zur Zulassung von Online-Spielen garniert mit einer harten Regulierung hat es für die Länder allerdings auch gar nicht gegeben. Mit einem Verbot hätten sie Schiffbruch erlitten wie einst die USA mit dem Trinkverbot. Manche Vorschriften haben auch unerwünschte Nebenwirkungen. Das gilt zum Beispiel für die geplante Einsatzgrenze von monatlich 1000 Euro. Denn die trifft auch die staatlichen Spielbanken, die sich schon schwertun, seit das Rauchverbot in ihren Bilanzen tiefe Spuren hinterlassen hat. Fragen bleiben: Es ist ein Unterschied, ob ein reicher Urlauber am Roulette der Spielbank Baden-Baden 1000 Euro versenkt oder ein junger Arbeitsloser die gleiche Summe am Automaten im Internet. Der eine wird sich über die

Gängelung ärgern, der andere bräuchte zusätzliche Bremsen. Denn mit Sicherheit ist im anonymen Netz die Suchtgefahr größer.

Wie wirksam die geplante Kontrolle für den Online-Bereich wirklich ist, wird sich erst in der Praxis zeigen. Der Aufwand für die Anbieter wird erheblich, wenn für jeden Spieler ein jederzeit nachprüfbares Konto eingerichtet werden muss. Funktionieren wird das nur, wenn die Überwachung intensiv ist. Viele Fragen wirft die zeitliche Beschränkung der Werbung auf. Wer kontrolliert, ob tatsächlich nachts im Internet nicht für Live-Spiele geworben wird? Was ist mit der Bandenwerbung in den Fußballstadien bei TV-Übertragungen nach 23 Uhr? Immerhin kann man sich einen wirksamen Hebel für die Genehmigung schaffen, wenn Werbung nur für lizenzierte Angebote erlaubt wird.

Auch bei der geplanten Sperrdatei sind die Einzelheiten nicht geregelt. Wenn die tatsächlich alle Formen des Glücksspiels von Spielhallen über Sport- und Pferdewetten bis zu Online-Anbietern umfassen soll, droht ein Behördenmoloch. Natürlich muss der Staat auch für Zocker den Datenschutz gewährleisten.

Im Glücksspielmarkt wird mit harten Bandagen gekämpft, weil Milliarden im Spiel sind. Das ist online nicht anders als bei traditionellen Lotterien und den Spielcasinos. Die Geldautomaten bringen den Städten so viel ein, dass vielerorts beide Augen zugedrückt werden. Bei den Lotterien profitieren die Bundesländer. Die müssen Umsatzsteuern zahlen, wenn Online-Glücksspiele legal werden. Trotz der aufgebauten Hürden wird die Konkurrenz um das Geld der Spieler hart werden.

## Vorteil für SPD

Stefan Vetter zum Streit um die Grundrente

Es hat schon seine Gründe, warum gleich mehrere Bundesregierungen mit dem Versuch gescheitert sind, Geringverdienern eine auskömmliche gesetzliche Rente zu garantieren. Ein ums andere Mal steckte der Teufel im Detail. Und so ist es auch jetzt wieder, da sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mit massiver Fachkritik an seinem Gesetzentwurf zur Einführung einer sogenannten Grundrente konfrontiert sieht. Das Vorhaben selbst ist ja löblich: Wer lange gearbeitet und dabei in die Rentenkasse eingezahlt hat, soll im Alter besser dastehen als jemand, der kaum oder gar nicht gearbeitet hat.

Die Probleme fangen spätestens dann an, wenn das Versicherungsprinzip mit dem Fürsorgeprinzip vermischt werden soll. So wie es auch jetzt wieder der Fall ist. Politisch spielen die von vielen Experten vorgebrachten Einwände allerdings eher dem Arbeitsminister in die Hände. Das klingt paradox, aber es waren Heil und seine SPD, die keinerlei Bedürftigkeitsprüfung als Zugangsvoraussetzung für die Grundrente wollten. Das würde die praktischen Probleme bei ihrer Umsetzung zweifellosgemindert. Die Union, die bisher auf entsprechende Hürden aus Gründen der Kostenbegrenzung, aber auch der Gerechtigkeit beharrt, gerät nun selbst unter Druck. Denn sie könnte am Ende von der SPD als kleinkariertem Verhinderer gebrandmarkt werden, der eine großartige Reform an Details scheitern lässt. Ob die Union das aushält? Angesichts der langen Debatte dürfte auch der große Koalitionspartner dieses Thema vom Tisch haben wollen. So spricht manches dafür, dass sich Schwarz-Rot doch noch irgendwie einigt.

## Weiterdenken!

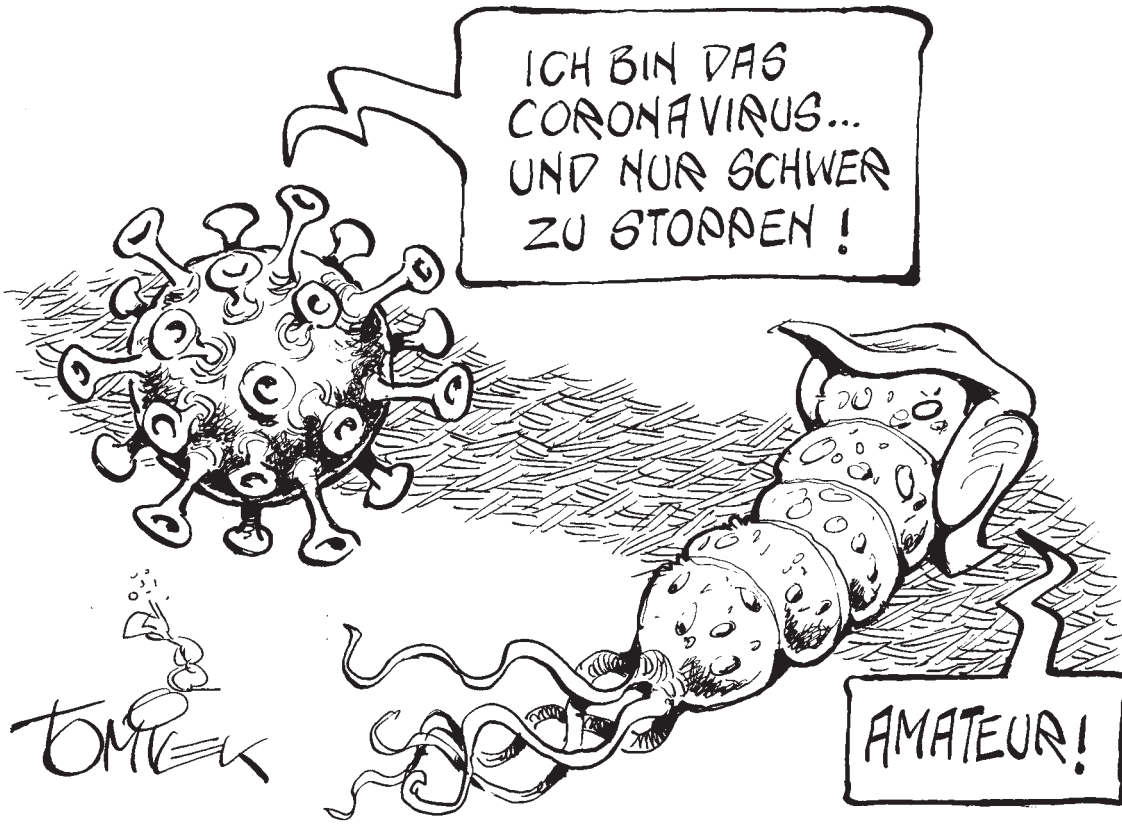
Miray Caliskan zu den Berufswünschen der Jugendlichen

Für den Berufswunsch der meisten Jugendlichen spielt der digitale Wandel in der Gesellschaft keine Rolle. Sie halten sich an traditionellen Berufsbildern fest: Die meisten 15-jährigen Mädchen wollen am liebsten Lehrerin werden. Dahinter folgen Ärztin, Erzieherin und Psychologin. Die Jungen streben einen Beruf als IT-Spezialist an, gefolgt von Industrie- und Automatenbau oder Polizist.

Erstaunlich: Die Antworten, wo sich die Teenager im Alter von 30 Jahren sehen, klingen fast so, als hätten sie nie etwas von der Digitalisierung gehört. Als würden sie nicht wissen, dass zahlreiche Berufe in den nächsten zehn bis 20 Jahren gar nicht mehr existieren – dafür aber etliche weitere sich nur noch um Zukunftsthemen drehen werden. Wo bleiben Antworten wie: Ich möchte Sicherheitsexperte werden und die Cyberkriminalität bekämpfen! Oder Umwelttechniker werden und die Weltmeere retten! Ich möchte Data Scientist werden, um die Daten der Bürger zu schützen! Möchte Ingenieur werden und Roboter entwickeln!

Natürlich können wir nicht in die Köpfe der Jugendlichen hineinblicken. Vielleicht wollen sie all diese Dinge im Laufe ihrer Karriere anstreben. Aber in einem Zeitalter sozialer Medien, künstlicher Intelligenz, einer Zeit, wo Start-ups boomen und Schüler freitags für das Klima auf die Straßen gehen, ist es umso erschreckender, dass die Antworten teils an das 19. Jahrhundert erinnern.

Deshalb ist es immens wichtig, dass Eltern, Lehrer, Bildungsexperten und Agenturen die Schüler stärker über digitale Berufe aufklären. Sie dafür sensibilisieren, dass sie mehr erreichen können, als sie sich vorstellen.



Virus Trumposis

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

Altersvorsorge: Versicherung bezeichnet Entwurf als unausgegoren / Sozialverbände kritisieren hohe Zugangshürden

## Renten-Gegenwind wird stärker

Von Stefan Vetter

Berlin. Die Kritik am Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zur Grundrente wird schärfer. Davon zeugte am Mittwoch eine interne Anhörung von Verbänden in Heils Ministerium. Auch die Rentenversicherung ging dabei in ungewöhnlich deutlicher Form auf Distanz. Sozialpolitisch unausgegoren, hochbürokratisch und verfassungsrechtlich problematisch. So liest sich die schriftliche Stellungnahme der Deutschen Rentenversicherung zum Grundrenten-Entwurf, den Heil in der vergangenen Woche zur Begutachtung auch an Wirtschafts- und Sozialverbände verschickt hatte.

Laut Vorlage sollen damit 1,4 Millionen langjährige Geringverdiener bei ihren gesetzlichen Altersbezügen zum Teil deutlich besser gestellt werden. Voraussetzung dafür ist eine Einkommensprüfung, bei der die Einkommen (inklusive Kapitalerträge) der Betroffenen und deren Ehepartnern maßgebend sind, nicht aber die gesamten Vermögensverhältnisse, wie es ursprünglich geplant war.

Hohe Verwaltungskosten erwartet Nach Einschätzung der Rentenversicherer wirft diese Lösung allerdings immer noch genug Probleme auf, weshalb sie auch den geplanten Starttermin der Grundrente zum 1. Januar 2021 für unrealistisch halten. So müsse etwa das für die Einkommensanrechnung erforderliche Datenaustauschverfahren zwischen Finanzämtern und Rentenversicherung „völlig neu entwickelt werden“, da es kein vergleichbares Verfahren gebe, heißt es in der Stellungnahme, die dieser Redaktion vorliegt. Schwierigkeiten sehen die Experten vor allem bei der Erfassung von Einkommen aus pauschal besteuerten



Ein älteres Ehepaar geht in Potsdam eine Allee entlang. Nun hat auch die Deutsche Rentenversicherung den Gesetzentwurf zur Grundrente kritisiert. BILD: DPA

geringfügiger Beschäftigung (450-Euro-Jobs) sowie aus Kapitalerträgen, die der Abgeltungssteuer unterliegen. Probleme gibt es aus Sicht der Experten auch bei der Anrechnung ausländischer Einkommen. Allein das würde den „Aufbau doppelter Verwaltungsstrukturen“ erfordern, so die Gutachter. Im Einführungs-

jahr würden die Verwaltungskosten insgesamt „mehrere hundert Millionen Euro betragen und damit mehr als 25 Prozent der Leistungsausgaben für die Grundrente“, heißt es in dem Papier. Ein weiterer Kritikpunkt ist die vorgesehene Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Partnern bei der Ein-

kommensanrechnung. Dies könne einen Verstoß gegen das Grundgesetz darstellen, warnt die Rentenversicherung. Darüber hinaus wird bemängelt, „dass die sozialpolitische Begründung der vorgesehenen Regelungen zum Teil widersprüchlich und in der Zielstellung nicht eindeutig ist“. So verspricht der Gesetzentwurf zum Beispiel auch Verbesserungen für Rentner, die sowohl selbstständig als auch abhängig beschäftigt waren. Zugleich, so die Rentenversicherer, setze die Grundrente aber eine lange Pflichtversicherungszeit voraus, weshalb Versicherte mit häufigeren Wechseln in eine nicht versicherungspflichtige Beschäftigung „die geplante Grundrente tendenziell gar nicht in Anspruch nehmen können“.

## Starttermin ist „ambitioniert“

Auch andere Stellungnahmen fallen für den Arbeitsminister wenig schmeichelhaft aus. Von Sozialverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wird beanstandet, dass die Zugangsvoraussetzungen zur Grundrente immer noch zu restriktiv seien. Derweil spricht die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) von „erheblichen Kostenrisiken“ bei der Finanzierung der Grundrente. Die Finanzierung war schon in der vergangenen Woche bei der Union auf Kritik gestoßen. So will Heil die Rente zum Teil aus der geplanten Finanztransaktionssteuer bezahlen, von der aber keiner weiß, wann sie genau kommt. Eine Sprecherin des Arbeitsministeriums meinte Mittwoch lediglich, dass man sich bei der Gesetzesarbeit mit der Rentenversicherung eng abstimme. Zugleich räumte sie ein, dass der Starttermin in gut elf Monaten „ambitioniert“ sei. „Da muss der Minister noch erheblich nachbessern“, befand der CDU-Sozialpolitiker Peter Weiß.

Beruf: Mädchen wollen laut Pisa-Studie im pädagogischen Bereich arbeiten / Jungs sehen sich als Industrie- und Automatenbauern

## Traumjob: Lehrerin und IT-Spezialist

Berlin/Davos. Die Teenager von heute streben nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) immer noch vor allem in Berufe aus dem vergangenen Jahrhundert. Die OECD legte am Mittwoch eine Sonderauswertung der neuesten Pisa-Studie vor und kommt zu dem Schluss, „dass auch im Zeitalter sozialer Medien und künstlicher Intelligenz Jugendliche in den OECD-Ländern kaum Tätigkeiten anstreben, die mit der Digitalisierung entstanden sind, sondern vor allem etablierte Berufe“.

Beim Schulleistungsvergleich Pisa wurden neben den obligatorischen Tests in Mathe, Lesen und Naturwissenschaften auch persönliche

Daten erhoben. Die 15-jährigen Teilnehmer wurden zum Beispiel gefragt, in welchem Beruf sie glauben, später einmal zu arbeiten. An der letzten Pisa-Studie, deren Ergebnisse im vergangenen Dezember vorgestellt wurden, hatten 2018 weltweit rund 600 000 Schülerinnen und Schüler teilgenommen, darunter knapp 5500 deutsche.

Die meisten 15-jährigen Mädchen in Deutschland (10,4 Prozent) sehen sich im Alter von 30 wieder in der Schule: als Lehrerin. Dahinter folgen Ärztin (10), Erzieherin (6,4), Psychologin (4,5). Auf die Jungen in Deutschland trifft die Aussage der OECD-Studie nicht ganz zu: Immerhin erwarten die meisten 15-Jährigen (6,7 Prozent), dass sie mit 30 IT-

Spezialist sein werden. Oben im Ranking stehen aber weiterhin auch die Berufe Industrie- und Automatenbauern (5,2 und 5,1), Polizist (4,5) oder Lehrer (3,8).

## Bildungsdirektor: Mehr Werbung

Der Bildungsdirektor der OECD, Andreas Schleicher, forderte am Mittwoch, dass die Themen Berufsberatung und Arbeitswelt in den Schulen der OECD-Länder einen deutlich höheren Stellenwert bekommen sollten. „Man kann nicht werden, was man nicht kennt“, sagte er bei einem Fachgespräch am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos. „Es besteht ein großes Risiko, dass wir die nächste Generation für unsere Vergangenheit ausbilden und nicht

für deren Zukunft.“ Schleicher schlug vor, mehr Arbeitgeber an die Schulen zu bringen. Auch Bürger sollten Kindern ihren Beruf vorstellen. „In der Bildung müssen wir uns mehr auf die Was-, anstatt auf die Wie-Frage konzentrieren.“ Handlungsbedarf sieht auch die Wirtschaft. Viele Jugendliche seien auf ihren Traumberuf festgelegt und schlugen Ausbildungsangebote in weniger bekannten Berufen aus, da sie zu wenig über Perspektiven, Verdienstmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven wüssten, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Achim Dercks. dpa

► Kommentar „Weiterdenken!“

## AM RANDE

## AKK verzichtet auf Karneval

Die CDU-Vorsitzende Annette Kramp-Karrenbauer (Bild) tritt in diesem Jahr nicht im Karneval auf. „Frau Kramp-Karrenbauer hat in dieser Saison keine Auftritte im Karneval geplant“, teilte die CDU am Mittwochabend mit. Zuletzt war die Verteidigungsministerin vom Bund Deutscher Karneval zur Sonderbotschafterin für das Kulturgut Fasching-Fastnacht-Karneval ernannt worden. Kramp-Karrenbauer ist seit 2009 regelmäßig als „Putzfrau“ bei den Narren im Saarland aufgetreten, um Politiker aller Couleur durch den Kakao zu ziehen. Vergangenes Jahr geriet sie wegen Karnevals-Äußerungen zur Einführung von Toiletten für das dritte Geschlecht in die Kritik, ihr wurde Diskriminierung vorgeworfen. dpa (BILD: DPA)

